

Fraktion DIE LINKE

zur Stadtratssitzung am 02.03.2015

## Beschlussantrag

**TTIP, CETA und TiSa ablehnen - Gefährdung kommunaler Handlungsspielräume, kein Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung, Schutz und Fortbestand der kommunalen Daseinsfürsorge**

Der Stadtrat der großen Kreisstadt Eilenburg nimmt

*das gemeinsame Positionspapier der kommunalen Spitzenverbände und des Verbandes kommunaler Unternehmen „zu internationalen Handelsabkommen und kommunalen Dienstleistungen“ vom Oktober 2014 (vorliegend)*

*die Kernpositionen der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege vom 17.09.2014 (vorliegend)*

*die Positionen und Forderungen des Bundesverbandes Öffentlicher Dienstleistungen zu den Verhandlungen über TTIP vom 04.06.2014 (vorliegend)*

zur Kenntnis, stimmt den dort getroffenen Bewertungen zu und befürwortet die vorgebrachten Forderungen zur weiteren Verhandlungsführung der Freihandelsabkommen bzw. den Stopp dieser Verhandlungen.

  
Jürgen Prochnow  
Fraktionsvorsitzender

### **Begründung:**

#### ***Demokratie und Transparenz***

Die Verhandlungen zu allen drei Abkommen fanden und finden als Geheimverhandlungen statt – unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Nicht einmal die EU-Abgeordneten haben uneingeschränkten Zugang zu den Dokumenten. Und obwohl Städte und Kommunen direkt betroffen sind, werden die kommunalen Spitzenverbände (Städte- und Gemeindefrat, sowie Landkreistag) nicht in die Verhandlungen eingebunden. Dies entspricht nicht den demokratischen Standards.

Vielmehr muss die Einbeziehung in die Verträge so frühzeitig erfolgen, dass die volle Gestaltungsfähigkeit gegeben ist.

Daher fordern wir die Veröffentlichung aller Verhandlungsdokumente, sowie die Einbeziehung in die

Verhandlungen. Dies fordern wir für TTIP, CETA und TISA.

### ***Kommunale Daseinsvorsorge, öffentliches Beschaffungswesen***

In den Abkommen wird in sogenannten Negativlisten verhandelt, welche Dienstleistungen von den Städte und Gemeinden erbracht werden dürfen und welche dem Wettbewerb unterliegen müssen. Die EU hat in ihrem Verhandlungsmandat definiert, das nur wenige öffentliche Dienstleistungen wie Justiz, Polizei, Strafvollzug u.ä. von der Liberalisierung ausgeklammert werden, nicht aber Wasserversorgung, Abwasser, Energie, Bildung, Kultur, Gesundheitsleistungen oder Nahverkehr. Damit würde z.B. die Privatisierung der Wasserversorgung, um die es in der Vergangenheit in der Bundesrepublik eine breit geführte öffentliche Debatte gegeben hat und die von der Bevölkerung abgelehnt wird, durch die Hintertür erzwungen

### ***Wohlfahrt als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge***

Die so genannten Freihandelsabkommen betreffen diesen Tätigkeitsbereich der Kommunen in besonderem Maße.

Aktuelle Stellungnahmen Dritter vom September 2014 bestätigen dies, z.B.

- [Bundesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege. Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft \(TTIP\) Kernpositionen der Freien Wohlfahrtspflege. 17.09.2014.](#) Die BAGFW ist um das gesamte Aufgabenspektrum besorgt, einschließlich der Jugendhilfe. (S. 3 f.)
- [Fritz, Thomas. TTIP vor Ort. Folgen der transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft für Bundesländer und Kommunen. Hg. Compact.](#)
- Scholz, Stephanie. Die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP): Problemanzeige für Erbringer und Nutzer von sozialen Diensten. Hg. Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge, NDV Sept. 2014, S. 385 bis 390.

Die Wohlfahrt ist von TTIP, CETA und TISA gleich dreifach bedroht: erstens unmittelbar, zweitens über die Grundlagen ihres Selbstverständnisses und drittens über die Grundrechte dessen, für den sie tätig ist, insbesondere des bedürftigen Bürger.

### ***Das Subsidiaritätsprinzip in der kommunalen Daseinsvorsorge***

Das Ordnungsprinzip unseres Staates ist das **Subsidiaritätsprinzip**. Es sichert das Recht auf Selbstbestimmung, sowohl der Bürger als auch der Kommune. Die kleinere Gemeinschaft hat Vorrang im Handeln gegenüber der größeren Gemeinschaft. Einerseits schützt dies die große Einheit vor Überforderung (Effektivitätsprinzip), andererseits leitet sich hieraus das Recht der kleineren Einheit auf Hilfestellung durch die größere ab (Art. 28 GG).

Auf dieser Grundlage aufbauend stellen die Kommunen vor Ort sicher, dass der Bürger an seinem Wohnort das vorfindet, was er benötigt, um seine Dinge weitestgehend selbst und nach seinem Dafürhalten zu regeln (Art. 1-3, 7 GG), – vom Kindergarten über Schulen für eine ausreichende Bildung, Jugendhilfe, Trinkwasserversorgung und Abwasserbeseitigung (Art. 20a GG), über Verkehrsnetze und öffentlichen Nahverkehr bis hin zu Krankenhäusern, Kulturveranstaltungen (Art. 23, 28 GG) etc. Und dies nicht nur in gewinnträchtigen Ballungsräumen, sondern auch im ländlichen Raum.

Diese kommunale Daseinsvorsorge wird wiederum von den Bürgern selbst bzw. von den von ihnen gewählten Vertretern im Stadtrat geregelt und kontrolliert. Die Entscheidungsträger sind vor Ort, können regionale Besonderheiten berücksichtigen und sind für den Bürger direkt ansprechbar.

Die EU darf laut Lissabon-Vertrag und gemäß dem Subsidiaritätsprinzip nicht in die kommunale Selbstverwaltung eingreifen, doch duldet unsere Bundesregierung mit den Verträgen (CETA & TTIP & TiSA) diesen Gesetzesübertritt und befördert ihn sogar noch.

**Bei der kommunalen Daseinsvorsorge geht es nicht um eine beliebige, handelbare Ware.**

Zudem erfüllen die Kommunen diese Aufgaben durchaus effektiv und im Sinne des Allgemeinwohles. Die Überlegenheit der Daseinsvorsorge durch die Kommunen selbst wurde nach der Privatisierung von Wasserwerken in Frankreich offensichtlich, die nach den schlechten Erfahrungen wieder rekommunalisiert wurden. Denn dort waren die Preise für Trinkwasser nach der Privatisierung um 260% angestiegen, und das bei gleichzeitiger Verschlechterung der Trinkwasserqualität. Als weiteres Beispiel wäre der sogenannte „Berliner Wassertisch“ erwähnenswert.

### ***Die Bezahlbarkeit der Grundversorgung***

Die Sicherstellung einer bezahlbaren Grundversorgung von Seiten der Kommunen und Wohlfahrtsverbände stellt eine zentrale **Grundlage unseres Sozialsystems** dar. Geben die Kommunen die Kosten-, Preis- und Qualitätskontrolle im Bereich der Nahversorgung, des Verbraucher- und Umweltschutzes aus der Hand, wird dies unübersehbare gesellschaftliche Folgen haben.

In Verbindung mit dem geplanten Abbau von Standards durch die Handelsabkommen droht die Gefahr, dass z.B. ausländische Anbieter, welche die Nahversorgung über Ausschreibungsregularien übernehmen, im Hinblick auf die Qualitäts- und Preisentwicklung durch die regionalen politischen Organe nicht mehr kontrollierbar oder regulierbar sind.

Außerdem wird es nicht mehr möglich sein, regionale Unternehmen bei öffentlichen Ausschreibungen zu bevorzugen, was wiederum dazu führt, dass diese einen Anreiz verlieren, regionale Projekte z.B. durch Spenden zu unterstützen. Regionale Firmen müssen sich in Folge dem überregionalen Wettbewerb stellen, was zu Firmenschließungen und -verlagerungen und damit verbunden geringeren Steuereinnahmen in der entsprechenden Kommune führt.

### ***Fiskalische- und tarifpolitische Aspekte***

Als GmbHs sind die Stadtwerke für die Kommunen meist **gute Gewerbesteuerzahler**, was man von den großen Konzernen nicht sagen kann. Darüber hinaus fließen die Überschüsse – dies sind regelmäßig Millionenbeträge – in den Stadthaushalt ein, was allen Bürgern zugutekommt; auch dies kein Merkmal der Gewinne großer Konzerne.

Und was die städtischen Wasserwerke angeht, so zahlen sie ihren Mitarbeitern keine niedrigen Haustarife, sondern den höheren Flächentarif. Und sie beschäftigen mehr Menschen, wodurch auch mehr Geld in die Sozialkassen fließt. Durch die Ausbildung und Beschäftigung der Menschen bei den Nahversorgern wird darüber hinaus die Sicherstellung und Weiterentwicklung des jeweiligen Fachwissens sichergestellt.

Die Wasserwirtschaft hat sich bereits europaweit gegen CETA & TTIP zusammengeschlossen.  
<http://www.aew.de/pages/standpunkte/aew-positionspapier.e.php>

### ***Entwicklungen unter dem Regime der »Freihandelsverträge«***

Durch die vorgesehene **kontinuierliche »Anpassung«** der Verträge sind noch weitergehende Regularien nach der »Salami-Taktik« zu erwarten.

Und dass mit dem Abschluss der Verträge der **Anfang einer neuen Zeitrechnung** eingeläutet wird, macht die Aussage des Kanadiers Scott Sinclair zu CETA am 02.06.14 vor dem Bundesausschuss für Ernährung und Landwirtschaft am Beispiel der Erfahrungen mit dem NAFTA, dem Freihandelsabkommen zwischen Mexiko, USA und Kanada deutlich. Sinclair verwies auf diverse Investitionsschutzklagen, die anhängig sind und die Kanada derzeit viele Millionen Dollar Prozesskosten aufbürden. Weil es in Zukunft immer mehr internationale Investoren geben wird, fordert er, das System der Schiedsgerichtsbarkeit und Entschädigungen zu überdenken, zumal die EU, Kanada und Deutschland über ein weit entwickeltes Rechtssystem verfügen, das Investoren bereits ausreichend schützt. Als Negativbeispiel führte Sinclair aus, dass in Kanada US-amerikanische Firmen über kanadische Tochterfirmen die USA im Rahmen des NAFTA verklagt hätten, um weitergehende Deregulierungen in den USA durchzusetzen.

### „Trojanische Pferde“ der Privatisierung der Daseinsvorsorge

Neuere Veröffentlichungen weisen auch darauf hin, dass auch nicht sicher gesagt werden kann, dass die Aufgaben der Jugendhilfe außen vorbleiben werden, wie z.B. Kindergärten (s. Fritz und BAGFW). Der [aktuelle Vorstoß des Präsidenten der Monopolkommission Daniel Zimmer](#) hinsichtlich der Kinder- und Jugendhilfe macht zudem sehr deutlich, wie die wirklichen Interessenlagen sind. Für Herrn Zimmer ist die Jugendhilfe eine beliebige, handelbare Ware.

Dies bringt die Monopolkommission in ihrem zwanzigsten Hauptgutachten (2012/2013) in Kapitel I »Wettbewerb in der deutschen Kinder- und Jugendhilfe« zum Ausdruck, wozu der Landschaftsverband Rheinland bereits zu einer Stellungnahme aufgefordert wurde, die am 04.09.14 im Landesjugendhilfeausschuss vorgestellt wurde.. Die Inhalte der Jugendhilfe bedürfen laut Herrn Zimmer keines gesellschaftlichen Konsenses. Ziele und Inhalte sollen den freien Kräften des Marktes überlassen werden. Herr Zimmer setzt auf »hoch motivierte und innovative Newcomer«.

- Landschaftsverband Rheinland in seiner Sitzung am 04.09.14 zu Top 9 »[Bericht über das Zwanzigste Hauptgutachten der Monopolkommission zum "Wettbewerb in der deutschen Kinder- und Jugendhilfe"](#)»
- <https://www.jugendhilfeportal.de/db2/materialien/eintrag/stellungnahme-der-agj-zum-xx-hauptgutachten-der-monopolkommission/>
- Deutscher Verein für private und öffentliche Jugendhilfe Heft September 2014 - Dr. Stephanie Scholz „Die Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP)“

### Investitionsschutz für Konzerne

Mit dem TTIP und bei CETA sollen Investoren vor direkter und indirekter Enteignung geschützt werden. Das kann Auswirkungen auf den politischen Handlungsspielraum von Kommunen haben. Verschärft sie beispielsweise Umweltauflagen weil diese **im öffentlichen Interesse** liegen, und schmälert sich dadurch der Gewinn einer betroffenen Fabrik kann der Investor dies als indirekte Enteignung interpretieren. Er hat Kapital in eine Anlage gesteckt, die erst durch die Umweltauflagen ihre Profitabilität verliert und kann die Entwertung von investiertem Kapital vor ein Schiedsgericht bringen. Diese Schiedsgerichte sind keine ordentlichen Gerichten, sondern geheim tagende Gremien, in denen Deals ausgehandelt werden. Diese stellen eine Paralleljustiz dar, die grundlegende Prinzipien des Rechtsstaates unterläuft und Konzerne mächtiger macht als demokratisch gewählte Regierungen.

Auch Beschlüsse von Gemeinden können also Anlass für solche Klagen sein. Dies würde dazu führen, dass sich die politischen Gremien von Städten und Gemeinden bei jedem Beschluss überlegen müssten, ob sie eventuell die Gewinnerwartung eines Konzerns schmälern würden und somit eine Klage gegen den Staat auslösen könnten. (z.B. Vattenfall gegen Bundesrepublik s. ARD „MONITOR“ vom 6.6.2013 und 05.02.2015 Mediathek)

### **Standstill- und Ratchet-Klausel**

Die Abkommen enthalten sowohl die Standstill- (Stillstand) wie auch die Ratchetklausel (Sperrklinke). Die Stillstandsklausel legt fest, dass nach Einigung auf einen Status der Liberalisierung dieser **nie** wieder aufgehoben werden darf. Die Sperrklinkenklausel besagt, dass zukünftige Liberalisierungen eines Sektors **automatisch** zu neuen Vertragsverpflichtungen werden. Ein staatliches Unternehmen (wie etwa die Stadtwerke), das einmal von einem privaten Investor gekauft wurde, könnte so niemals wieder rekommunalisiert werden.

Es hat sich in jüngster Vergangenheit gezeigt, dass - aus guten Gründen - zahlreiche Privatisierungen öffentlicher Güter wieder rückgängig gemacht wurden. Die Abkommen würden die Rückführung einmal privatisierter Leistungen in die öffentliche Hand für immer unmöglich machen.

#### *Weitere Quellen (unvollständig)*

- [www.ttip-leak.eu/de](http://www.ttip-leak.eu/de)
- [Deutscher und Bayerischer Städtetag](#)
- [Bundesverband der mittelständischen Wirtschaft, Arbeitgeberverband mit den meisten Arbeitsplätzen.](#)
- [Zum Trinkwasserschutz, Film GASLAND auf YouTube empfehlenswert,](#)
- [Diözesanrat der Katholiken der Erzdiözese München und Freising](#), Vorsitzender: Prof. Dr. Hans Tremmel <http://www.erzbistum-muenchen.de/Dioezesanrat/Page037059.aspx>
- [Ärztinnen und Ärzte, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu Freihandelsabkommen und offener Brief an Bundeskanzlerin Merkel einschließlich e-book und Auswahl an Informationsquellen zu TTIP](#) <http://www.kritik-freihandelsabkommen.de/>
- [Heinrich-Böll- Stiftung](#) [http://kommunalwiki.boell.de/index.php/Transatlantisches\\_Freihandelsabkommen](http://kommunalwiki.boell.de/index.php/Transatlantisches_Freihandelsabkommen)
- <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/geplante-freihandelsabkommen-ex-verfassungsrichter-geisselt-geplante-ttip-schiedsgerichte-1.2310403> vom 20.01.2015
- [Freihandelsabkommen in der Kritik. Mehr Schutz für Verbraucher gefordert](#) <http://www.zdf.de/vollkanne/freihandelsabkommen-in-der-kritik-33223120.html>
- <http://www.umweltinstitut.org/themen/verbraucherschutz-ttip/freihandelsabkommen/hintergrundinformationen/leben-unter-nafta.html>
- [„wer rettet wem“](https://www.youtube.com/watch?v=nCZ-kpmJLLs) <https://www.youtube.com/watch?v=nCZ-kpmJLLs>
- <http://finanzmarktwelt.de/ttip-horror-aktuelle-gesetzesvorlagen-fuer-fracking-9152/> vom 16.02.2015
- <https://www.lobbycontrol.de/2015/01/ttip-verhandlungsdokument-zeigt-deutlich-eu-verhandlungsposition-hoehlt-demokratie-aus/>
- [Internes Dokument zu TTIP belegt: USA sollen zukünftig bei europäischen Gesetzen mitreden](#) <http://www.umweltinstitut.org/aktuelle-meldungen/meldungen/ttip-usa-sollen-mitspracherecht-bei-europaeischer-gesetzgebung-erhalten.html>
- [Capaldo Report in deutscher Übersetzung](#) hier <https://www.facebook.com/download/1548068168793630/ttip-studie-zerfall-arbeitslosigkeit-instabilita-t-europa-jeroni.pdf>